

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

287 (9.12.1930)

Epilog zur Reichstagsabstimmung

Abwehr und Verantwortungsbewußtsein

G. Sch. Die vorläufige Weiterexistenz des Kabinetts Brüning ist am Samstag in den entscheidenden Abstimmungen des Reichstags mit jeweils rund vierzig Stimmen Mehrheit ermöglicht worden. Noch wenige Stunden vor den Abstimmungen schien es, als werde die Mehrheit sich auf nur acht bis zehn Stimmen belaufen, zumal auch einige Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten haben. Eine Anzahl Wirtschaftspolitiker lehnten es aber ab, Katastrophenspolitik zu treiben, sie blieben, da sie nicht gegen die eigene Partei stimmen konnten und wollten, der Abstimmung fern. Die Notverordnungen blieben also vorläufig in Kraft, doch hat der Kanzler auf das bestimmte Verlangen der Sozialdemokratie die Zusicherung gegeben, daß die Regierung einer späteren Abänderung der Verordnungen sich nicht widersetzen werde. Daß im Augenblick im Reichstage keine Mehrheit für sofortige Abänderungen vorhanden ist, haben die Beratungen im Haushaltsausschuß ergeben. Es blieb deshalb nur übrig, entweder die Notverordnungen aufzuheben, was unvermeidlich zur Staatskrise führen mußte und infolge der vollständigen Unsicherheit der Finanzen wahrscheinlich zu einem wirtschaftlichen Chaos, oder sie derweil bestehen zu lassen, womit gleichzeitig verbunden war, das Kabinett Brüning im Amte zu belassen.

Die Sozialdemokratie, die ziemlich die Hälfte der Mehrheit stellte, ging den Weg des Verantwortungsbewußtseins und der erfolgreichen Abwehr der drohenden Chaos wie der immer unerschütterter auftretenden faschistischen Abstriche. Stürzte die Sozialdemokratie das Kabinett, kam der Anschluß bürgerlicher Parteien an den Faschismus, sofern überhaupt dann noch versucht worden wäre, auf parlamentarischem Boden weiter zu regieren. Dem Sturz des Kabinetts Brüning im Reiche wäre der Sturz des Kabinetts Braun in Preußen sehr bald gefolgt. Dann wäre der Jubel in allen Lagern der politischen und sozialen Reaktion ein ungeheurer gewesen. Man braucht bloß die unverhüllte und schraubende Mut zu betrachten, mit der die Rechtsorgane die Haltung der Sozialdemokratie angegriffen. Es ist heute wohl ganz unmöglich, den Lauf der Dinge sowohl auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete auch selbst nur für die nächsten Monate genau vorauszuweisen. Gerade deswegen würde die Sozialdemokratie besonders an

den von ihr vertretenen Volksteilen sich schwer veründigt haben, wenn sie durch den Sturz des Kabinetts dem Faschismus die Steigbügel gehalten hätte. Die Sozialdemokratie mußte so handeln, selbst wenn vorübergehend ihre Popularität, ja selbst ihre Agitationskraft etwas herab gemindert werden würde. Woran wir ganz ernstlich zweifeln.

In vielstündigen Beratungen, von der Erkenntnis des vollen Ernstes jeder Entscheidung getragen, hat die Reichstagsfraktion das Für und Wider ihrer Abstimmung erörtert und sie hat dabei auch den Blick auf die Partei und auf die Parteigenossen draußen keineswegs verloren. Ihre Entscheidung ist ihr durch das Verhalten des Kabinetts in den letzten vierzehn Tagen hinsichtlich der Notverordnung erleichtert worden, aber auch dadurch, daß Herr Brüning in der Tat die feste Absicht bekundete, auf parlamentarischem Boden um die Entscheidung zu ringen.

Die wenigen Sitzungen, die das Reichstagsplenum seit dem 14. September abgehalten hat, haben u. E. den Beweis dafür geliefert, daß eine ziemlich weitgehende Wahlreform ebenso geboten ist wie auch der bisherigen parlamentarischen Praxis. Unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen, die eine sichere parlamentarische Mehrheit einfach ausschließen, ist die Macht des Reichspräsidenten fortgesetzt gestiegen, die des Reichstags in gleicher Maße gesunken. Es kann vernünftigerweise bei Gestaltung eines Wahlrechts nicht in erster Linie auf Doktrinen und Prinzipien ankommen, sondern darauf, daß ein Wahlrecht es dem Parlament auch möglich macht, erfolgreich tätig zu sein. Und da scheint uns der Wirkliche Wahlreform nicht die erforderlichen Garantien zu bieten. Gleichzeitig sind auch noch, durch die Ereignisse und Erfahrungen der letzten Monate, eine Reihe anderer politischer Probleme und Fragen aufgetaucht, die energisch anzufassen gerade Pflicht derjenigen sein sollte, die das demokratische System im allgemeinen beibehalten wollen. Und daran ist die deutsche Arbeiterklasse in höchstem Maße interessiert.

Mit der Entscheidung am Samstag ist nur eine gefährliche Situation überwunden worden; spätestens im Januar werden neue Kämpfe und Gefahren aufstehen, die abermals festes Verantwortungsbewußtsein und ein Handeln auf weitere Sicht erforderlich machen können. Darüber in den Parteiveren in der nächsten Zeit eingehend zu sprechen, scheint uns geboten zu sein.

9 Zigaretten statt 10

Zigarettenruks wollen noch mehr als die Steuer abwälzen

Aus der Zigarettenindustrie wird mitgeteilt, daß nach Annahme der Tabaksteuererhöhung ab 1. Januar die Zigaretten „zum bisherigen Kleinverkaufspreis der Packungen geliefert werden sollen unter Fortlassung einer Zigarette in den bisherigen 10-Stück-Packungen“. Es wird die lächerliche Behauptung aufgestellt, daß die Zigarettenindustrie dadurch, daß sie die Anfang 1929 erhöhte Tabaksteuer selbst getragen habe, die „in anderen Branchen zur Zeit betriebene Preislenkung bereits aus eigener wirtschaftlicher Erkenntnis durchgeführt“ habe. Es wird die weitere Behauptung aufgestellt, daß die neue Steuererhöhung bei einer Mehrbelastung von 1/3 Pfennig für die einzelne Zigarette ein Mehrkommen von Zigarettenruks von 160 Millionen Mark“ bedeute.

Das sind ebenio sehr höchst ungerechte Maßnahmen als auch solche, die für die Verbraucher zum gleichen Preis in der Zukunft statt 10 nur 9 Zigaretten geboten. Der Verkauf von einzelnen Zigaretten soll unmöglich gemacht werden.

Die Behauptung, daß die Zigarettenindustrie die Preislenkung durch die Nichtbelastung der Verbraucher aus der vorjährigen Tabaksteuererhöhung schon vorweggenommen habe, ist mindestens

für die großen Zigarettenkonzerne absolut unzutreffend. Denn einmal wurde ein großer Teil der neuen Steuern auf den Zigarettenhandel abgewälzt, zum anderen hat man eine Gewichtsverminderung eintreten lassen, zum dritten profitiert man von der Kontingentierung. Es ist also höchst wahrscheinlich, daß für die großen Firmen, bei denen 90 Prozent der Erzeugung liegen, überhaupt keine Erhöhminderung eingetreten ist.

Es ist aber auch nicht wahr, daß die jetzige Erhöhung pro Zigarette eine Belastung von 1/3 Pfennig bringt. Zigaretten- und Materialsteuer bringen erheblich weniger als die genannten 160 Millionen Mark. Offenbar rechnet man die Zigarettenbelastung der Zigarettenruks, denn das bedeutet die Steuer statt Behälterpackung, bringt also den Zigarettenfirmen noch zusätzlichen Gewinn. Dabei ist zu beachten, daß sich die großen Zigarettenfirmen auch jetzt wieder neue Veräußerungsmöglichkeiten suchen, einmal die Verlängerung des Kontingents und zum anderen die Wiederherstellung der Steuererhöhmung.

Eine so ungerechte und unvernünftige Lösung, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist eine absolute Unmöglichkeit. Wir halten das Vorgehen der Zigarettenindustrie für ungeduldig und fordern, daß die Zigarettenindustrie, da sie es kann, die Auswirkung der Steuererhöhung zum mindesten zum größten Teil auf ihre Kappe nimmt.

Besprechungen beim Reichskanzler

Berlin, 8. Dez. (Eig. Draht.) Der Reichskanzler empfing am Montag nachmittags den Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey zu einer Aussprache über die politisch-parlamentarische Lage.

Am Dienstag vormittags werden der Reichskanzler und der Reichsaussenminister mit einem Teil der bisher noch hinter der Aussenpolitik stehenden Parteien Besprechungen über die Aussenpolitik haben, das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen führen.

Berlin, 9. Dez. (Funkdienst.) In der Dienstagssitzung des Reichstages wird es zum Schluß zu einer Debatte darüber kommen, ob eine außenpolitische Debatte stattfinden soll oder nicht. Der Streit geht jedoch weniger um eine außenpolitische Diskussion. Hauptangriffsobjekt ist der Reichsaussenminister, der insbesondere hinsichtlich seiner Politik gegenüber Polen auf scharfe Doppeltöne hört.

Mittelschüler als Diebesbande

Kult mit Hakenkreuzen

Banreuth, 8. Dez. (Eig. Draht.) In Banreuth hat die Polizei einen Bund 13- bis 15-jähriger Schüler aufgedeckt, der sich zur Durchführung von Einbrüchen und Diebstählen zusammenschloß. Die Vorfälle, unter denen sich Angehörige der 3. Klasse der Banreuther Oberrealschule besonders hervortun, waren

alle von der Nazifarbe ergriffen

und trieben einen förmlichen Kult mit Hakenkreuzabzeichen. Nebenbei sollen sie auch dem Vorsitzenden des nationalsozialistischen Lehrerkundes Deutschlands, dem Banreuther Volksschullehrer Schomm, M. d. N.,

Material neuen Professoren übermittelt haben, das dieser in seinem Stenogramm veröffentlichte. Die betreffende Nummer der Zeitung hatten die Schüler in einem eigenen Schaufenster ausgestellt. Bei den Einbrüchen kam es ihnen besonders

auf Weine und Spirituosen an, sie nahmen aber auch Geld mit.

wo sie es fanden. Als die Polizei vier Oberrealschüler verhaften wollte, hatten sie in der Nacht zuvor das Weite gesucht, wozu einer seiner Begleiter noch 20 M. entwendet hatte. Zwei der Ausreißer hatten für die Flucht die selbe Hülfsjacke angezogen. Einer konnte inzwischen in Kirchenbach festgenommen werden.

Inangriffnahme der „Berliner Winterhilfe“

W. B. Berlin, 8. Dez. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: In Fortführung der von den preussischen Ministern des Innern und für Volkswohlfahrt eingeleiteten Aktion einer Berliner Winterhilfe trat heute ein großer Kreis von führenden Vertretern der Wirtschaft zur Aufbringung der erforderlichen Mittel wie zur Erörterung der zweckentsprechenden Verwendung zusammen. Dem Unternehmen wurde von allen Erhebungen in der Wirtschaft Unterstützung zugesagt. Namhafte Wirtschaftskreise an diesem Liebeswerk mit den Unterhelfen zahlreicher Organisationen, Firmen und Einzelpersonen wird spätestens Ende dieser Woche erscheinen.

Hakenkreuzheuchelei am Pranger

Im Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker seien wir nachstehenden Artikel, der so recht geeignet ist, die Unehrlichkeit des nationalsozialistischen Kraftmeierens mit bengalischem Feuerwerk zu beleuchten. Der Korrespondent schreibt:

In Sachen wandten sich die Nationalsozialisten während des Wahlkampfes an die Unternehmer mit der Bitte um geistliche Unterstützung. Als daraufhin ein Fabrikant zurückgriff, es könne ihm nicht zugemutet werden, eine „Hakenkreuzpartei“ zu unterstützen, antwortete das Sekretariat der NSDAP, wie folgt: „Zu Ihrer Bemerkung betreffs sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Zeit unserer öffentlichen Klatsche betören — der Zweck heißt doch das Mittel. Welche Partei löst nicht ihre Träger? Seien Sie versichert, meine verehrte Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bangt ist bezüglich Ihres zur Zeit schwandenden Unternehmens, dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unserer NSDAP. Gewiß, es sind Schlagworte, wie „Kampf mit dem Kapitalismus!“ usw., aber selbige sind notwendig, unbedingt, denn unter dem Banner nationalsozialistisch, aber nur national allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel, haben also keine Zukunft mehr... Also verstehen Sie nur recht, wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen — sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen. Das behalten wir uns vor. Nur müssen wir die Fäule wieder fest in die Hand nehmen... Inzwischen sind ja auch durch die langwierige Erwerbslosigkeit die Arbeiter so zermürbt, daß sie es als eine Rettung ansehen, billiger arbeiten zu können.“ Kommentar überflüssig!

Ob wohl den geländeten Arbeitern, Angestellten und Beamten bald die Augen aufgehen werden?

Begnadigung der Verurteilten im Kussenprozeß

Moskau, 8. Dez. Das Zentralersekretariatkomitee der Sowjetunion beschloß, die zum Tode verurteilten Angeklagten Kamin, Tscharnowski, Kalinnikoff, Karkischew und Petrow zu 10jähriger Gefängnisstrafe und die zu 10jähriger Gefängnisstrafe verurteilten Dschin, Simitin und Kuprijanow zu achtfähriger Gefängnisstrafe zu begnadigen.

Das Zentralersekretariatkomitee der Sowjetunion erklärt dazu: „In Anbetracht dessen, daß 1. die Verurteilten nicht nur getötet waren und die begnadigten Verbrechen begangen, sondern auch durch ihre Aussagen in der Voruntersuchung und Untersuchung über gegenrevolutionäre Organisation ermittelten, welche Agenten- und ausführendes Organ der Interventionisten und Militärfreie im bürgerlichen Kussland und ihr Handels- und Industriekomitee war, 2. daß die Sowjetregierung nicht einem Raubgeheimnis gegen die Verurteilten gegenüber unerschütterlich Gemächten, sondern auch ihre Verbrechen bereuenden, wurde die Begnadigung der Verurteilten ausgesprochen. Hingegen wird, daß die Begnadigten auf Verzicht ihrer Rechte für die Dauer von fünf Jahren und auf Einziehung ihres Vermögens erkannt wurde.“

Kiga, 9. Dez. (Funkdienst.) Die Begnadigung war nach dem ganzen Verlauf des Prozesses zu erwarten. Die Hauptangeklagten haben „Gefühlsbisse“ gegen die Weltmächte überhaupt nur in Erwartung einer Begnadigung abgelenkt.

Kommunistische Katastrophenpläne

Streikvorbereitungen und Hungermärsche

Berlin, 8. Dez. (Eig. Draht.) Die Kommunistische Partei und ihre Organisationen verüben im Ruhrgebiet einen Streik der Bergarbeiter vorzubereiten, der an dem Tage, an dem der in Westfalen nicht feststehende Streik ausbricht, stattfinden soll. Die Streikvorbereitungen sind in der Ruhr bereits im Gange. Schon jetzt ist man eifrig dabei, die Arbeiter mit Hilfe von Flugblättern, Klebstreifen und Plakaten, sowie mit Verklammerungen auf den Schachanlagen und Demonstrationen zum Streik aufzurufen.

Am 14. Dezember will die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ im ganzen Ruhrgebiet große Kundgebungen und Demonstrationen für die Streikbewegung der Bergarbeiter veranstalten. Diese Kundgebungen beschließt man mit Fackelmärschen der Gewerkschaften zu verbinden, und zwar sollen die Kundgebungen nicht durch die Presse, sondern durch Flugblätter angeregt werden.

Am 24. Dezember abends zwischen 10 und 11 Uhr sollen die Demonstrationen mit „großen Hungerkundgebungen“ in allen Teilen des Ruhrgebietes, die nach Möglichkeit in dem Bourgeoisviertel abgehalten werden sollen, ihren Höhepunkt erreichen. Die Streikmärsche am 14. Dezember und die Kundgebungen am 24. Dezember sollen unter allen Umständen durchgeführt werden, auch wenn polizeiliche Verbote erfolgen sollten.

Für die Zeit vom 14. bis 24. Dezember ist für die Erwerbslosen bereits Bezirksfackelalarm verhängt worden. Dieser Fackelalarm der Kommunisten, über deren Methode und Zweck von unserer Seite eingehende Informationen zugegangen sind, ist einseitig und einmal die ganze Verantwortung für die kommunistischen Führer. Sie stimmen in jeder Beziehung mit den Fackelmärschen überein, die von kommunistischer Seite auch in anderen Teilen Deutschlands um die Weichenschicht geplant sind, und die kein anderes Ziel verfolgen, als die Arbeiter bewußt mit den Erwerbslosen des Staates in Konflikte zu bringen. So belagern die Kommunisten das Gesicht der deutschen Faschisten, die mit Schmeißen auf neue Katastrophen warten.

Selbstmord

in der römischen Sowjetbotschaft

Rom, 8. Dez. (Eig. Draht.) „Am Samstag ist der erste Botschaftssekretär Levine der Sowjetbotschaft in Rom verstorben.“ So lautet eine kurze, nach dem Tode Levines veröffentlichte Mitteilung der Sowjetbotschaft. Bald darauf tauchten jedoch unautorisierte, hierher Gerüchte auf, daß Levine Selbstmord begangen habe. Wie der Korrespondent des Soz. Pressedienstes dazu weiter berichtet, liegt tatsächlich ein Selbstmord vor und zwar wird die Freieren der Sowjetbotschaft behauptet, daß der Tote selbstmordhaft auf unglückliche Familienangelegenheiten Levines zurückzuführen sei. Es geht jedoch auch die Version, daß das eintägige Motiv für den Selbstmord mit den neuen Verhältnissen durch die Beziehungen und in der Furcht davor, selbst verhaftet zu werden in Zusammenhang steht.

Parteitag der österr. Sozialdemokratie

Wien, 8. Dez. Der Wiener Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten nahm am Montag ein Referat von Dr. Bauer über die Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit entgegen. Bauer erklärte, daß es in Österreich 237.000 untertriebene Arbeitslose gibt, von denen etwa 70.000 nicht unterteilt kommen, das sind 42 Prozent mehr als vor gleichen Zeit des Vorjahres. Die Wirtschaftslage war für zum Jahre 1929 eine Folge des Zerfalls des alten Weltmarktes. Für die österreichische Industrie gingen sieben Prozent der alten Weltmärkte verloren. In Wien ist die Arbeitslosigkeit im Jahre 1929 um 39 Prozent gestiegen, in den anderen österreichischen Ländern um 27 Prozent. Die Erörterung der Wirtschaftslage zwischen Österreich-Ungarn und Jugoslawien ist die Gefahr der Wiederherstellung der alten Monarchie. Der Parteitag beschloß sich eine kurze Aussprache, die mit der einstimmigen Annahme einer von Dr. Bauer vorgelegten Resolution endete, in der die Regierung und Parlament aufgefordert werden, alles zu tun, um die Wirtschaftskrise zu lindern und die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Die Wahl des Parteivorstandes brachte im Vergleich zu den bisherigen Vorständen keine Veränderungen.

Liga für Menschenrechte fordert Revision

Paris, 8. Dez. Der Bezirksverband St. Germain der Liga für Menschenrechte hat sich in einer Entschiedenheit, die einseitig angenommen wurde, für die Revision des Vertriebsvertrages ausgesprochen. In der Entschiedenheit wird u. a. gesagt, der Vertrag verhandelt sei der Aufassung, daß die Friedensverträge den Nationen aufzuzwingen worden seien, ohne daß ihre Vertreter sich hätten Gehör verschaffen können, eine Tatsache, die in der Geschichte der Völker beispiellos dastehe. Durch Art. 231 habe der Vertriebsvertrag Deutschland und seine Verbündeten gezwungen, sich schuldig zu bekennen, freiwillig den Krieg herangezogen zu haben. Diese Schuld habe hauptsächlich auf der Annahme beruht, daß die allgemeine Mobilisierung des österreichischen Heeres ein allgemeines Mobilisierung des russischen Heeres erzwungen habe. Diese Mobilisierung des russischen Heeres erfolgte einseitig gegenüber sei heute erwiesen, daß die Mobilisierung des russischen Heeres, die vom Zaren am 20. Juli unterzeichnet wurde, zwölf Stunden vor der des österreichischen Heeres erfolgte, wie das auch Boincaré in seinem letzten Erinnerungsband bestätigt. Die offizielle Anerkennung dieses Irrtums bilde neben dem Vertrag ein neues Datum das ausreichende, um die Revision der Friedensverträge zu rechtfertigen. Aus diesen Gründen fordert der Bezirksverband St. Germain die Revision der Friedensverträge. Menschenrechte vor, die Revision der Friedensverträge als Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

